



Dipl. Kfm. Norbert Rehm
Gründer und Sprecher der Bürgerbewegung
Stadtrat * Kreisrat * Regionalrat
Bischof-Fischer-Str. 94 – 73430 Aalen
Tel. 07361-64033 – Fax 64035 – rehm-consult@t-online.de

Montag, 25. November 2024

Bei der Belastung der Bürger ist dann das Ende der Fahnenstange erreicht!

KT-Sitzung am **26.11. 2024**

Haushaltsrede

Norbert Rehm, AKTIVE BÜRGER

26.11.2024 zum Haushalt 2025 des **Landkreises Ostalb**

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

den kommunalpolitischen Ablauf im Ostalbkreis schaue ich mir interessiert schon seit seiner Gründung an.

Ich freue mich, dass ich als junger Kreisrat mit 55jähriger kommunalpolitischer Erfahrung mit Ihnen über die Geschichte des Ostalbkreises entscheiden darf.

Ich vermute allerdings, **dass Sie meinen**, Sie könnten das ganz gut auch ohne mich.

Mit diesem Haushalt haben Sie mir gleich schwere Kost serviert oder hinterlassen. Obwohl man viel entscheiden muss – mit großer Freude etwas zu bewegen gibt's wohl nicht sehr viel.

Hier sieht es eher nach der Verwaltung von Mängeln aus.

Zunächst bedanke ich mich aber, dass Sie mich als Einzelkämpfer in die Ausschüsse fair mit aufgenommen haben.

Sogar eine sog. „atmende“ Redezeit haben sie mir für heute eingeräumt: mindestens 5 Minuten und nach oben offen.

Ich mache in 10 Punkten Anmerkungen zur Kreispolitik und zum Haushalt:

1. Transparenz

Auch wenn man es anders hört – ich habe den Eindruck gewonnen, dass man hier tatsächlich informiert wird, das gilt auch für die Krankenhausverwaltung.

Ich habe mich 1974 erstmals für ein kommunales Mandat beworben – jetzt zum 11. Male.

Von einer Verwaltung habe ich bisher nie gehört – wir sind handlungsunfähig oder: fast bankrott. **Offenheit und Transparenz ist wichtig.** Wenn die Bürger wissen um was es geht – können schwierige Situationen besser gemeistert werden. **Vertrauen ist wichtig.**

Die Situation im Kreis ist vergleichbar mit mancher Stadt oder Gemeinde: auch dort standen Manche **gestern kurz vor dem Abgrund** – und sind heute einen großen Schritt weiter.

2. Woher kommen die Verluste....

60 Mi = 165.000 € pro Tag

Pro Std. ca. 7.000 = : 60 Minuten = pro Minute 115 €

Allein jetzt machen wir im Krankenhausbereich **7000 € Verlust pro Stunde.** Pro Tag bald 170.000 €.

Die Schuldigen für 2/3 dieser Verluste sitzen in Stuttgart und Berlin. Zahlen muss der Landkreis, *betreffen wird es alle Städte und Gemeinden,* **ausbaden müssen es alle Bürger.**

3. Warum sind wir in dieser Situation – die Schuldfrage

Natürlich müssen wir in die Zukunft schauen und den Schwerpunkt auf die Lösung der Probleme legen.

Aber ohne Ursachenforschung kann man halt doch nicht richtig gegensteuern. Also:

Die strukturellen Probleme wurden viele Jahre mit viel Geld einfach zugeschüttet. Als der **Erlös aus dem Aktienpaket vervespert war** hat man die Rücklagen aufgebraucht. Jetzt ist **alles Geld weg und das Problem noch da.**

4. Lösungsversuche

Es gab in der Vergangenheit auch Lösungsversuche.

Das jetzt beschlossene Medizinkonzept sei 2018 schon auf dem Tisch gelegen und diskutiert worden.

Kollege **Grab** selbst hat in der Klinikdebatte erklärt, **dass er das Konzept damals gekippt habe.**

Der **zweifelhafte Erfolg** liegt also darin, dass wir 5 Jahre **länger den riesigen Verlust im Klinikbereich zahlen müssen**

Und der Landtagsabgeordnete aus Ellwangen sollte **nicht** den Landrat und den Klinikvorstand **verprügeln und beleidigen - sondern sagen:** ich bin seit Jahrzehnten mitschuldig an der Misere und nehme viele Mio. jährlich auf meine politische Landeskappe – genauso wie der Bund.

Halten wir also als Zwischenfazit fest:

Schuld an der Misere ist das **Versagen der großen Politik.** Dies gilt auch für den **Mischmasch** der Finanzierung des ganzen Sozialbereichs.

5. Zukunft im Krankenhauswesen

Nach meiner Auffassung hat die Klinikverwaltung großen Respekt verdient. Da werden sicher in **Zukunft auch Fehler** auftauchen – aber jetzt gilt: Respekt für die schwierige Arbeit an alle - Pflegepersonal, Ärzte, Verwaltung.

Gesundheit und Krankheit sind sehr **sensible Themen** – spielen wir nicht mit dem **Vertrauen** der Leute.

Bei jeder Reform gibt es Betroffene – hier gibt es schmerzhaft Änderungen im Virngrund. Dort verliert man jetzt etwas, das man (aber) **schon längst nicht mehr hätte**, wenn man die notwendige **Umsteuerung schon lange gemacht hätte**.

Ich kann Ihnen aus persönlicher Erfahrung der letzten Monate sagen: **Wir brauchen nicht unbedingt das Krankenhaus um die Ecke.**

Was wir **dringender** brauchen, ist eine **Hochleistungsmedizin** mit den besten Ärzten und dem besten Pflegepersonal. Und das alles ausreichend mit der besten Ausstattung im technischen Bereich.

Priorität hat nicht derjenige, der einen Kranken auf kurzem Wege besuchen will – sondern der Kranke, der die beste Versorgung braucht. Doppelt- und Dreifachstrukturen sind nicht mehr zu verantworten.

Und ein solches Krankenhaus kann man halt nur in ausreichender Größe und zentraler Lage finanzieren. Die qualifizierte Notfallversorgung muss natürlich in der Fläche vor Ort gewährleistet sein.

Wenn wir aber nichts machen – verlieren wir alles.

Ich appelliere an die Verantwortlichen aus dem Virngrund **und an alle Bürger:**

Steigen Sie nicht zu weit auf die Bäume – am Schluss muss man wieder runter.

6. Kreisumlage

Im 1. Jahrtausend vor Christus haben die alten Phönizier das Geld erfunden. Aber ganz offensichtlich viel zu wenig. Jetzt hat auch der Landkreis schon fast keines mehr.

Hat man sich in der Vergangenheit bei der Kreisumlage um einen halben Punkt gestritten – geht es jetzt um das Zehnfache. Zahlen müssen die Kommunen – und das schlägt dort massiv auf die Bürger durch.

Wenn dort dann das Loch im Gehweg ein Loch bleiben muss, die Kindergartenbeiträge steigen *und es weiter in die Schultoilette reinregnet* – dann ist das Problem ganz unten angekommen.

Hinzu kommt noch das konjunkturelle Problem und die Unfähigkeit der Bundes- und Landespolitik einfache Regeln einzuhalten - wie z. B.

Wer bestellt, muss auch bezahlen.

Man sollte sich wieder auf die schwäbische Redensart besinnen:

[No koin Domma an Deigsl](#) *lassa. ...Bundestagswahl...*

Meine Forderung: Wir müssen Maßnahmen ergreifen, dass Bund und Land Ihrer Verpflichtung nachkommen.

7. Sozialbereich.

So haben wir im gesamten Sozialbereich hohe Ausgaben und müssen bezahlen, was andere bestellen.

Ich persönlich unterstütze die Überlegung des Landrates, die Verträge im BTHG (Bundesteilhabegesetz) zusammen mit anderen Landkreisen **einfach zu kündigen**.

8. Prioritäten setzen und gerecht handeln.

Wir müssen effizient handeln, Prioritäten setzen und Folgekosten beachten. Gleichzeitig soll die Handlungsweise gerecht sein.

Die Verwaltung hat mit der **Aufgabenkritik** begonnen: Personal reduzieren, Tourismus-Themen abgeben, Zuschüsse reduzieren, Mitgliedsbeiträge streichen.

Die Anlagen 8 und 9 liefern Stoff für eine spannende Diskussion - auch bei der Schülerbeförderung und insgesamt beim ÖPNV.

Haben die Bürger seither den **Haushalt** des Landkreises eher **beiläufig** zur Kenntnis genommen werden jetzt sehr viele Bürger die **Auswirkungen spüren**.

Wir müssen uns deshalb tatsächlich mit allen Ausgaben beschäftigen. Was ich bisher in den Unterlagen gefunden habe – die Verwaltung hat auch in einem Punkt 10 € reduziert.

Also auch Respekt für die Vorarbeit der Kämmerei.

9. Eigenbeteiligung – ein kleiner Schritt zur Lösung.

Künftig gewinnt das Thema Eigenbeteiligung wieder mehr an Bedeutung. Wer eine Leistung in Anspruch nehmen will – muss sich **selbst beteiligen**. *Dies gilt für alle Bürger – und auch die Mitarbeiter in den Verwaltungen.*

Aufpassen müssen wir bei den radikalen Sparmaßnahmen im Bereich der **Unterhaltung der Infrastruktur**. Hier alles auf Null zu fahren könnte uns irgendwann auf die Füße fallen.

10. Ein guter Schluss ziert alles

Wenn das RP nun diesen Haushalt nicht genehmigen will so sollen die doch die Mangelverwaltung hier übernehmen.

So bin ich wieder bei meiner **alten Forderung** aus meiner **politischen Jugendzeit**: wir sollten dann die **Abschaffung der Regierungspräsidien** fordern.

Denn: die wissen gar nicht, was deren Hauptaufgabe ist: die müssten eigentlich den Kommunen verbieten, für Aufgaben Steuergeld auszugeben, für die andere zuständig sind.

Es ist ja schon fast pervers: Eine Landesbehörde kritisiert den Haushalt einer kommunalen Ebene – **der schlecht ist, weil dort** Aufgaben bezahlt werden, die das Land selbst vorschreibt – aber nicht bezahlt.

So kann es ja nicht sein.

Lassen Sie uns also selbstbewusst in die Zukunft schauen, den Haushalt verantwortlich kürzen und gemeinsam überlegen, wie wir gegen das Regierungspräsidium argumentieren und gegen die verheerende Praxis von Bund und Land gemeinsam vorgehen.

Wir müssen die Handlungsfähigkeit zurückgewinnen und uns auf das wirklich Notwendige beschränken. **Aufgabenkritik und Politik nach Prioritäten ist angesagt** – **Nice to have ist vorbei.**

So komme ich nach ca. 5 Minuten Redezeit zum Schluss und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

Norbert Rehm

Gründer und Sprecher der
Bürgerbewegung AKTIVE BÜRGER
Handy 01717703288 mit Anrufbeantworter